

Nationalratswahl 2017 Politikerinnen und Politiker

beschäftigen sich in erster Linie mit der Frage, wer wird wen wählen und wie kann man diese Entscheidung beeinflussen?

Medien

beschäftigen sich hauptsächlich mit der Analyse von Umfragewerten und möglichen Regierungskoalitionen.

Was aber

Bürgerinnen und Bürger

WIRKLICH wollen, wird nicht erhoben!

„Aktion21-pro Bürgerbeteiligung“ in Wien und „aktion21-austria“ in den Bundesländern sind die größten Plattformen für Bürgerinitiativen.

Wir kennen die Probleme und die Kritik der Menschen seit Jahren. Initiativen haben durch die bisherige Politik und ihre Verwaltung auf allen Ebenen wiederholt erfahren müssen, dass über ihre Anliegen in intransparenten Verfahren drübergefahren und dass ihre Stellungnahmen nur registriert aber in weiterer Folge ignoriert worden sind - und stattdessen Investor_inneninteressen gegen den Willen der Bürger und Bürgerinnen, dem Souverän des Staates, durchgedrückt wurden. In unserem nachstehenden

MANIFEST

legen wir dar, was uns wichtig ist. Wir fordern:

- Verpflichtende Einbindung der Bürger_innen bei Vorhaben, welche die Umwelt und das Lebensumfeld der Betroffenen nachhaltig verändern. Verpflichtende Beteiligung der Bürger_innen und im Besonderen der Bürgerinitiativen bei Erstellung von Entwicklungskonzepten und Flächenwidmungen bereits im Planungsstadium, die ihr Lebensumfeld und ihr Eigentum direkt betreffen unter Rücksichtnahme auf kommende Generationen.
- Die sofortige Umsetzung des Transparent-Gesetzes in Verbindung mit der Abschaffung des Amtsgeheimnisses und die Informationsverpflichtung mittels aller Medien über Maßnahmen oder Vorhaben welche die Umwelt und Lebensqualität von Bürger_innen beeinträchtigen.
- Die vollständige Berücksichtigung der EU Richtlinien bei UVP und SUP relevanten Vorhaben und nicht die Anwendung von Einparteienverfahren, wo der Antragsteller selbst über eine UVP Notwendigkeit entscheidet und die Anrainer de facto entrechtet werden.
- Die unverzügliche Umsetzung der bereits im Jahre 2005 von Österreich ratifizierten Aarhus Konvention und Einhaltung der darin formulierten Bürgerrechte sowie die Anwendung des EU-Vorsorgeprinzips bei Verdacht einer Gesundheitsgefährdung.

Was nun die Wahl betrifft wünschen wir eine sachliche, faire, respektvolle und kostensparende Wahl-Auseinandersetzung, Verzicht auf dirty campaigning, Plakateflut mit sinnentleerten Slogans und Partei-Inserate in den Printmedien.

Für unsere Wahlentscheidung wird es wichtig sein, welche Gruppierung sich bereit zeigt, auf die Interessen der Bürger und Bürgerinnen nicht nur einzugehen sondern echte Bürger_innenbeteiligung auch zu implementieren!

Wien, August 2017

Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung
Obfrau Andrea Willson

Aktion 21 – Austria
Obmann Franz Köck